

Fraktion in der Gemeindevertretung  
Gemeinde Höchst im Odenwald



Pressemitteilung.

[Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden  
Andreas Richter zum Etat 2020]

**Andreas Richter**

Vorsitzender

arichter@abt-sv.fra-uas.de

☎ 0157 7262 2552

**Michael Friedt**

Stv. Vorsitzender

admin@michael-friedt.de

☎ 0151 1456 6681

**27. Januar 2020**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeindevorstandes, der Gemeindevertretung,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

nachdem der Bürgermeister im Dezember 2019 den Etat für das Haushaltsjahr 2020  
eingebracht hat und mittlerweile der Entwurf in den Ausschüssen der Gemeinde  
beraten werden konnte, möchte ich wiedermal gerne, der Tradition folgend, eine  
Einschätzung aus Sicht der SPD-Fraktion vornehmen.

Zunächst aber gilt mein Dank allen, die bei der Erstellung des Etats mitgewirkt haben,  
die ihre Vorstellungen eingebracht haben, die um Positionen gerungen haben, die aber  
auch das ein oder andere Vorhaben zurückgestellt haben. Gesonderten Dank an die  
Verwaltung zur Erstellung des Etats, die Budgetverantwortlichen hatten ja dort die  
meiste Arbeit zu erledigen.

Um es gleich vorneweg zu sagen. Eine für uns wichtige Randbedingung erfüllt der  
Entwurf 2020, nämlich die Beibehaltung der Grundsteuer A sowie Grundsteuer B auf  
dem Niveau des letzten Jahres. Das Festhalten der Grundsteuer A für land- und  
forstwirtschaftliche Betriebe und der Grundsteuer B für Grundstücke auf 450 Prozent  
stellt ein klares Signal dar, SPD und KAH haben sich bereits während der gesamten  
Legislaturperiode für moderate Hebesätze eingesetzt. Bereits im Zuge der  
Haushaltsberatungen des Haushalts 2019 im letzten Jahr haben wir deutlich gemacht,  
dass zunächst über Einsparpotentiale nachgedacht werden muss, bevor an der

Steuerschraube gedreht wird. Dies hat letztes Jahr dazu geführt, dass im Finanzhaushalt 400 Tsd. Euro eingespart werden konnten; diese positive Tendenz setzt sich 2020 im Großen und Ganzen fort.

Im Ergebnishaushalt finden sich die ordentlichen Erträge sowie die ordentlichen Aufwendungen, beispielsweise die Erträge aus Steuern und ähnliche Abgaben, Zuwendungen und allgemeine Umlagen, Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte sowie die Aufwendungen für Versorgungsaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Bilanzielle Abschreibungen und Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Im Finanzhaushalt dagegen finden sich insbesondere Investitionseinzahlungen, also Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen und aus Veräußerungen von Sach- und Finanzanlagen sowie Investitionsauszahlungen, also Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden, für Baumaßnahmen, für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen und Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen.

Während wir im letzten Jahr zu Beginn der Haushaltsberatungen noch mit einem Fehlbetrag von 548.000,- Euro im Ergebnishaushalt konfrontiert wurden, so scheinen wir mit dem Etat 2020 in etwas ruhigeres Fahrwasser gelangt zu sein. Allerdings darf man nicht vergessen, dass viele Positionen nur Planzahlen sind, wir beschließen heute hier einen Plan und keine Ergebnisse irgendwelcher Jahresrechnungen und ob die Einnahmeseite sich tatsächlich so entwickelt, ein Beispiel seien hier die prognostizierten Einnahmen aufgrund der neuen Blitzersäule in der Bienenhauskurve, mag dahingestellt sein. Auch, ob das erwartete Plus beim Anteil an der Einkommenssteuer, geschätzt wird eine weitere Steigerung um 80 Tsd. Euro, so eintritt, bleibt abzuwarten. Jedoch sollte man sich von dieser Prognose nicht täuschen lassen, der Anteil an der Einkommensteuer steigt längst nicht mehr so stark wie in den Vorjahren, eine Steigerung des Anteils an der Umsatzsteuer wird schon gar nicht mehr erwartet.

Die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen durch das Land Hessen an die Gemeinde, die das Land gemäß Artikel 137 Abs. 5 der hessischen Verfassung an die Kommunen ausschütten muss, ist von erwarteten 4,6 Millionen Euro in 2019 auf 5,2 Millionen Euro in 2020 steigend. Nachdem ich in den letzten Jahren die teilweisen zurückgehenden Schlüsselzuweisungen stark kritisiert habe, könnte ich jetzt natürlich ausführen, dass auch bei diesen wieder steigenden Zahlen die Gemeinde weiterhin unterfinanziert ist,

aber trotz allem begrüße ich die Bemühungen des Landes, den Kommunen einen höheren Anteil zukommen zu lassen. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieser positive Trend weiter fortsetzt, es bleibt auch abzuwarten, wie sich die Wirtschaftslage entwickelt und ob es zu der vorhergesagten Eintrübung kommt.

Sorge bereitet uns auch wie in den letzten Jahren die Entwicklung der Kreis- und Schulumlage. Genauer sollte ich hier aber sagen, dass dieses Jahr die Kreisumlage alleine im Fokus meiner Betrachtung steht. Die Kreisumlage steigt von rund 4.2 Mio in 2019 auf 4.6 Mio in 2020, in 2017 betrug sie noch 3,8 Mio. Euro, die Schulumlage sinkt sogar etwas von rund 2,7 Mio Euro auf 2,69 Mio Euro in 2020, allerdings betrug sie 2017 noch 2,48 Mio. Euro. Das was wir also sozusagen als „Mehr“ bei den Schlüsselzuweisungen vom Land vorfinden, immerhin 600 Tsd. Euro, wird uns durch die Kreisumlage, 400 Tsd. Euro, zu 2/3 gleich wieder genommen.

Deshalb gilt es, die sparsame Haushaltspolitik beizubehalten.

Ich weiß, einige von Ihnen, meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürgern, sind ungeduldig, wenn versprochene Maßnahmen sich hinziehen, von einem Jahr ins andere Jahr geschoben werden oder nicht so ausgeführt werden können, wie das mal angedacht oder versprochen war. Es gibt Unmut, wenn die Straße nicht saniert werden kann und das Loch nur geflickt wird statt den Bürgersteig komplett zu sanieren.

Der Grund ist ganz einfach und lapidar; es gibt nicht genügend finanzielle Mittel und Geld drucken dürfen wir keins.

Es gibt in dem Etat nämlich Ausgaben, die wir tätigen wollen und müssen, damit wir die Angebote der Gemeinde aufrecht erhalten können, Angebote, die dazu dienen, die Lebensqualität in der Gemeinde zu bewahren. Und ich glaube, diese Leistungen, die die Gemeinde jedes Jahr stemmt, die in den Haushaltsberatungen aber kaum zur Sprache kommen, sollten hier mindestens Erwähnung finden.

Da sind erstmal unsere Kindertagesstätten und Kindergärten. Ja, alleine für das Personal werden wir in diesem Jahr 3,3 Millionen Euro ausgeben, aber dies ist es uns wert, das sind unsere Kinder uns wert, das ist nicht verhandelbar. Übrigens hat ja die CDU in einem Artikel im Mümling Boten so getan, als wären KAH und SPD gegen den Ausbau der Kindergärten/Kindertageseinrichtungen, weil wir einen CDU-Antrag abgelehnt haben, der der Gemeinde aufgab für die Kindergärten einen Bedarfsplan

aufzustellen und mit der Stadt Breuberg über einen Neubau eines Kindergartens zwischen Höchst und Sandbach zu verhandeln. Ich kann dies nur als Wahlkampfauftakt der CDU verstehen, Schaufensteranträge stellen, in puren Aktionismus zu verfallen und dann mit Halbwahrheiten Pressearbeit zu betreiben. Unser Stil ist das nicht, aber die CDU muss wissen, was sie tut. Fakt ist, dass die Gemeinde jedes Jahr einen Bedarfsplan nicht aufstellt, nein, das brauchen wir nicht, wir haben einen, sondern den Bedarfsplan für die Kindertagesstätten/Kindergärten fortschreibt und die nötigen Gelder im jeweiligen Etat zum Ansatz bringt. Wenn wir solche Pläne nicht auch in anderen Bereichen hätten, wie könnten wir dann solche Haushalte aufstellen. Auch 2020 werden wir alles tun, damit wir alle Kinder in unseren Kindergärten oder Kindertagesstätten unterbringen können, dazu wird ja auch eine neue Gruppe im Kindergarten Steinmetzstraße eingerichtet, die Gelder sind etatisiert. Im Übrigen hilft ein Neubau zwischen Höchst und Sandbach wenig den im Westen liegenden Ortsteilen von Höchst. Im Übrigen hat die Gemeinde weitere Investitionen aufgrund des „laut CDU „nicht vorhandenen“ Bedarfsplans im Bereich der Kindergärten vorgesehen, Spielgeräte werden angeschafft, zwei Küchenerneuerungen in Hassenroth und Hetschbach durchgeführt. Also, meine Damen und Herren der CDU, sie sehen, die Verwaltung ist durchaus in der Lage, auch ohne ihre Anträge effektiv zu arbeiten und Mängel zu erkennen oder sollte ich sogar sagen, die Verwaltung könnte ohne ihre Anträge, liebe CDU, effektiver arbeiten, da solche Anträge regelmäßig zur weiteren Belastung der Verwaltung führen und viel Zeit kosten.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist für uns die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Ich bin froh, dass es Menschen in Höchst gibt, die freiwillig ihre Freizeit opfern, um uns vor Gefahren zu schützen, natürlich, ich spreche hier von unseren Feuerwehr. Und ja, Menschen, die sich für uns in Gefahr begeben, die brauchen auch die entsprechende Ausrüstung, damit im Einsatz, der sowieso schon viele Gefahren birgt, die Gefahr durch mangelnde Ausrüstung nicht noch vergrößert wird. Und ja, das kostet, ein neues Löschgruppenfahrzeug gibt es nicht für wenige Tausend Euro beim Gebrauchtwagenhändler um die Ecke, und auch der beschlossene Bau des neuen Feuerwehrgerätehauses der Feuerwehr Höchst-West ist eben nicht als Holzbausatz bei Obi zu haben und der Wassersauger und der Atemluftkompressor nicht bei Aldi oder Lidl. Deshalb erreichen wir im Finanzhaushalt und im Ergebnishaushalt Summen über eine Million Euro, aber auch dies ist es uns wert, auch dies ist nicht verhandelbar.

Zum Feuerwehrgerätehaus Höchst-West möchte ich aufgrund mir zugetragener Informationen noch folgendes ausführen.

Es gibt wohl Damen und Herren der Gemeindevertretung, die glauben machen wollen, dass all diejenigen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter so auch die der SPD-Fraktion gegen den Bau eines Feuerwehrgerätehauses Höchst-West seien, weil sie sich auch für andere Projekte in diesem Haushalt einsetzen, so Projekte im Rahmen von IKEK. Die Denkweise dabei ist wohl, dass man das Feuerwehrgerätehaus Höchst-West nur dann realisieren könne, wenn man das Geld für die anderen IKEK-Projekte, ersatzlos streicht. Davon mal ganz abgesehen davon, dass dieselben Personen in früheren Jahren für die IKEK-Maßnahmen gestimmt haben und viele Maßnahmen ja bereits beschlossen sind, ist diese Argumentation völlig irre. Fakt ist, dass der vorgelegte Haushalt versucht eine Balance zwischen den verschiedenen Interessen der verschiedenen Gruppierungen in der Gemeinde zu finden, dazu zählen auch die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, die sich bei IKEK eingebracht haben und auch die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, die sich bei der freiwilligen Feuerwehr engagieren. Viele weitere Gruppierungen haben Bedürfnisse angemeldet, seien es die Dorfgemeinschaft Pfirschbach, die Friedhofbenutzer im Mümling-Grumbach, die Besucher der Sporthalle in Hassenroth, um nur einige andere zu nennen. Es gilt zwischen all denen Interessen den richtigen Weg zu finden und da bedarf es mehr Phantasie als einfach nur Mittel zu streichen. Klar ist natürlich, dass nicht alles in einem Jahr fertiggestellt wird, so ist das im Leben, wichtig ist aber, dass wir die verschiedenen Maßnahmen auf den Weg bringen und in einer überschaubaren Zeit fertigstellen.

Wenn ich von Gruppierungen spreche, auch die Menschen sind uns wichtig, die hier wohnen und Freizeitangebote der Gemeinde nutzen wollen – entsprechende Angebote dienen dem Allgemeinwohl. Deshalb leisten wir uns ein Freischwimmbad, es ist wichtig, dass wir solche Einrichtungen in der Gemeinde anbieten können, obwohl in vielen anderen Städten und Gemeinden die Bäder verfallen oder andersherum, es ist gerade wichtig für uns im ländlichen Raum solche Angebote zu machen, weil sie überall in anderen Orten verschwinden. Es ist wichtig, dass wir damit ein Stück Lebensqualität erhalten und wiederum ja, das kostet Geld, in diesem Jahr nach Abzüge der Einnahmen 400 Tsd. Euro, aber auch dazu stehen wir. Vielleicht ist dies ja auch verantwortlich dafür, dass die Einwohnerzahlen steigen, nicht wie sonst im ländlichen Raum fallen.

Und ja, es wäre auch schön, wenn wir den Vereinen mehr Gelder für Ihre Jugendarbeit zur Verfügung stellen könnten, wir wissen um das dortige Engagement.

Das Investitionsprogramm beinhaltet weitere Vorhaben, die wir SPD und KAH, in den vergangenen Jahren aufs Gleis gesetzt haben. Einige dieser Maßnahmen werden uns die nächsten Jahre begleiten, einige bald abgeschlossen werden. Für uns eine ganz wichtige Maßnahme ist die Sanierung des Dorfgemeinschaftshauses in Pfirschbach, wir stehen hier zu unserem Wort, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern gegeben haben. Hier sind auch in diesem Jahr wie auch in den Folgejahren Gelder im Haushalt vorhanden; genauso wir für den barrierefreien Umbau der ÖPNV-Anlage im Mümling-Grumbach sowie für die grundhafte Erneuerung des Treppenaufgangs zum Friedhof in Mümling-Grumbach. Im Mümling-Grumbach übrigens sind in 2020 Gelder ebenfalls für Platzgestaltung- und Sanierung im Zentrum bereitgestellt, hierbei handelt es sich um eine Investitionsmaßnahme im Rahmen der Fortschreibung des IKEK-Programms. Dies trifft auch für die Platzgestaltung in Hetschbach, Annelsbach und die Marktplatzgestaltung im Zuge des Umbaus in Höchst zu.

Die fortdauernde Abwicklung des Integrierten Kommunalen Entwicklungskonzepts (IKEK) stellt einen wichtigen Teil des Finanzhaushalts dar. Lobend ist hier nach wie vor die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den Ortsteilen zu erwähnen, mit viel Engagement wurden und werden Vorschläge zur Verbesserung der Infrastruktur von den dortigen Planungsgruppen erarbeitet, für uns ist dies gelebte Demokratie. Mir ist bekannt, dass hier oder dort auch Enttäuschung eingetreten ist, Bürgerinnen und Bürger sind enttäuscht, weil ihre Vorschläge nicht zeitnah oder nicht so wie gewünscht umgesetzt werden. Ich kann diese Enttäuschung verstehen. Als Kommunalpolitiker, der dieses Amt schon sehr lange wahrnimmt, kann ich aus eigener Erfahrung sagen, dass manche Umsetzung sehr lange dauert, manchmal sogar nach Jahren der Planung verworfen wird oder unrealisierbar bleibt. Glauben Sie mir, ich kann ein Lied davon singen. Nichts desto trotz darf man sich dadurch entmutigen lassen, manchmal dauert es eben etwas länger, bis man Ergebnisse sieht. Ich möchte Sie ermutigen, weiter mitzuarbeiten und ich möchte Sie ermutigen, sich mal zu überlegen, ob Sie nicht bei den im nächsten Jahr stattfindenden Kommunalwahlen kandidieren wollen.

Zurück zum Haushalt. Neben der Fortschreibung IKEK sind die Investitionen auch durch das Investitionsprogramm "Hessenkasse" geprägt. IKEK und Hessenkasse

führen dazu, dass wir auch in 2020 Investitionen tätigen können, die sonst in der Höhe der Summe so nicht möglich gewesen wären.

Durch das Investitionsprogramm "Hessenkasse" profitieren unter anderem das Freibad Höchst, der Ortsteil Mümling-Grumbach durch die Treppensanierung zum Friedhof hin, der Ortsteil Hassenroth durch die Dachsanierung der Mehrzweckhalle, die Kerngemeinde durch den barrierefreien Umbau des Friedhofs.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Der nunmehr neu vorgelegte Etat auf Basis der im Haupt- und Finanzausschuss erarbeiteten Änderungen wird von der SPD-Fraktion mitgetragen, er lässt weiterhin die sparsame Haushaltsführung erkennen, Grundsteuer A und B wurden bei 450 Punkten belassen und liegen im Schnitt der in Hessen zu bezahlenden Grundsteuer. Trotz allem wird in die Infrastruktur investiert, aus den vergangenen Jahren anstehende Maßnahmen werden angegangen. Wir werden dem Etat daher zustimmen.

Und denken Sie bei allem Enthusiasmus, mit dem wir, sie den Haushaltsplan beraten an folgende Definition von „Planen“, die ich bei Walter Ludin, einem Schweizer Theologen und Journalisten gefunden habe:

Er hat das mal so umschrieben: Planen heißt bestimmen, was eventuell geschehen wird.

Andreas Richter, Vorsitzender SPD-Fraktion Höchst im Odenwald